

Berliner Tageblatt



und Handels-Zeitung

Hier unterliegt eingetragene Manuskripte über-
nimmt die Redaktion keine Verantwortung.

Verlag: Carl Neuberger & Co. in Berlin.
Zustell- und Druck: Carl Neuberger & Co. in Berlin.

Unterredung mit dem Wojwoden in Thorn.

Die Zukunft Kommerzellens (Westpreußen).

(Telegramm unseres Sonderberichterstatters.)

F. M. Thorn, 29. Januar. (Drittelt.)

Nachdem ich — wie in einem früheren Artikel geschildert — in Thorn und in einzelnen anderen Befestigten die Lage der deutschen Bevölkerung zu erforschen gesucht hatte, schien es mir wichtig, auch die Auffassung der polnischen Regierungskreise kennen zu lernen. Ich besuchte daher hier den Wojwoden, der mich in Gegenwart seines Stellvertreters Dr. v. Zemski auf das liebenswürdigste empfing. Aus einer mehrstündigen Unterhaltung mit den beiden Herren geht ich hier das Wesentlichste wieder.

Der Wojwode sagte mir: „Nach dem Gelebe sind die den Polen zugewiesenen Gebiete unter der Verwaltung des Wojwoden gekommen, das heißt also, daß alle Rechte und Pflichten, die bisher in den Personen der Oberpräsidenten und Regierungspräsidenten verortet waren, nunmehr mir, dem Wojwoden, übertragen werden. Nun sind aber für die Wojwodschaft besondere Schwierigkeiten dadurch entstanden, daß weder der Sitz der Oberpräsidenten noch der Regierungspräsidenten sich in den Polen zugewiesenen Gebieten befinden, daß sie also außer halb Polens lagen. Wir mußten also eine neue Regierung erst bilden, da uns von den deutschen Wojwoden die Ämter nicht übergeben sind. Es waren sehr geeignete Verhältnisse bis zur Übergabe der Regierung, selbst auch in Thorn bis zur Ankunft der Truppen.“

Ich fragte den Wojwoden, nach welchen Richtlinien er künftig sein Amt ausüben werde? Er erklärte: „Polen nimmt für sich das Recht in Anspruch, von alters her ein Staat des Rechts und des gleichen Rechts für alle, auch für die fremdstämmigen Bewohner zu sein. Die in Polen bleiben wollen. Auf diesem Standpunkt steht auch die Zivilverwaltung, aber es ist selbstverständlich, daß sie eine polnische Verwaltung bleiben muß. Nur eine polnische Verwaltung kann in Polen regieren. Die Übergangsschwierigkeiten hoffen wir zu überwinden. Wenn auch im amtlichen Verkehr die polnische Sprache vorherrscht, so werden wir uns nicht weigern, mit jemandem Deutsch zu sprechen, der nicht Polnisch kann.“

In der **Währungsfrage** wie zu dem **Zwangskurs** für die polnische Währung, ließ er in kurzer Zeit gelangen, wurde die Kurse auch im freien Markt gleichgehalten. Vorläufig habe man eine Art Moratorium nach Deutschland eingeführt, das heißt **Zahlung an Deutschland verboten** und so manche Schwierigkeiten, die sich aus der Ausföhrung der beiden Kurse ergeben, vermindert werden. Die Befürchtungen, daß die Kurse durch den Zwangskurs Verluste erleiden, teilt der Wojwode nicht. Da seit gar nicht mit Kredit gearbeitet wird, haben die Kurse die Waren längst bezahlt. Sie haben eben ihr Geld in Waren angelegt, von denen sie erwarten konnten, daß sie im Preise steigen werden. Es mag wohl auch seinen Kaufmann geben, der bei der Kalkulation seiner Preise die kommenden Verhältnisse nicht in Betracht gezogen und mit dem Zwangskurs gerechnet hat. Er habe also auf jeden Fall sein Verdict berechnete. Wird man ihn gestraft, jetzt noch ein Aufgeld zu nehmen, so würde er doppelte Gewinne einstreichen, und das sei nicht möglich. Wir werden auch hier, wie in Polen, in nächster Zeit **Büchergüter einführen**. Es ist der Kaufmannschaft nicht verboten, objektiv richtig zu kalkulieren, sie muß aber dabei die Wertverluste außer acht lassen. Wir müssen darauf bedacht sein, das Gleichgewicht zwischen Käufen und Verkauften zu erhalten, bis sich die Verhältnisse in Polen, wo die Börsen niedriger sind, an unsere wirtschaftlichen Verhältnisse herantastet haben.“

Auf die Frage, wie sich der Wojwode die Verteilung der landwirtschaftlichen Nebenerträge denke, erklärte er, daß vor allem alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse an Polen abgegeben werden müssen. Vor allem sind im Osten weite Gebiete verwüstet, die unterstügt werden müssen. Der Ueberfluß an Lebensmitteln wird zurzeit genau so von Polen beansprucht wie die wirtschaftlichen Betriebe. Man hat das größte Interesse daran, schon wegen der **brennenden Arbeitslosenfrage** möglichst viel Industriebetriebe in Gang zu bringen, wenn nicht anders, so darum, um sie für Heereslieferungen brauchbar zu machen. „Natürlich ist es klar“, so sagte der Wojwode, „daß die wirtschaftliche Abgrenzung nicht ewig bestehen bleiben wird. Man wird hoffentlich bald den Anfang zu einer Annäherung und einem Ausgleich der wirtschaftlichen und politischen Unterschiede machen.“

Ich hielt den Herren vor, daß man in Danzig über die Einstellung der Lebensmittelzufuhr aus Polen sehr verstimmt sei. Dr. v. Zemski: „Gegen eine Lebensmittellieferung Danzigs wird sich Polen schwerlich sträuben. Da Danzig aber eine offene Stadt ist, so müssen wir Sicherungen dafür verlangen, daß die Lebensmittel, die nach Danzig geschickt werden, nicht anderen Leuten, für die sie nicht bestimmt sind, zukommen.“

Wie befürchten also ein Loch nach dem Westen?
Antwort: Gewiß.

Und der Wojwode fügte hinzu: „Es wird nach meinem Dafürhalten überhaupt das Bestreben von Danzig sein müssen, die **Valuta einheitlich mit Polen zu gestalten**, wenn die wirtschaftlichen Beziehungen leger werden sollen. Wenn dies geschieht, dann hat die Kaufmannschaft hier nichts zu befürchten. Jedenfalls müssen wir bestimmt erwarten, daß **Danzig sich uns auch auf politischem Gebiete etwas nähert**.“

Auf die Frage, wie sich Polen zu der **Beisetzregulierung** stellt, versicherte uns der Wojwode, daß gerade diese Angelegenheit so schnell als möglich in Angriff genommen werden wird, weil Polen selbst das größte Interesse daran habe. Es werde überhaupt alles was an Auktariat in dem jetzt übernommenen Gebiete bisher begonnen wurde, von Polen mit der größten Energie fortgeführt werden.

Ich fragte weiter, wie sich das Verhältnis der nationalen **Widerheiten gestalten werde**. Antwort: „Der Staatsvertrag für den Schutz der nationalen Widerheiten gibt darauf die Antwort. Polen ist ein absolet freiheitlicher und sozialer Staat. Wir wissen heute noch nicht, wie sich das Nationalitätenverhältnis nach dem Wog der deutschen Truppen und der deutschen Beamtenchaft gestalten wird. Vorläufig muß dieses flutierende Leben sich erst beruhigen. Wir werden durch eine **Vollzählung oder Abstammung der Nationalitäten feststellen** und danach unsere Maßnahmen treffen. So auch auf dem **Schutzbereich**, was genau nach dem Bedürfnis geregelt werden wird. Im übrigen begriffe ich die Verhältnisse des nationalen Zahlenverhältnisses. Es schafft den Grund für die Klärung des Landes in die futuristischen Beziehungen zu dem alten Staat.“

Schließlich wandte ich das **Gespräch zum Bolschewismus** zu und erwiderte mir, folgende Erklärung des Wojwoden wiederzugeben: „Ich bin überzeugt, daß Polen, selbst wenn auch Deutschland sich noch radikaler nach links entwickeln würde, sich von dem Bolschewismus rein erhalten wird. Namentlich hier in meiner Wojwodschaft sieht zum Bolschewismus jeder Grund. Auch ist das staatsbehaltende Element hier so stark. Zu dieser Intelligenz rechne ich vor allem die Geistlichkeit.“

Die polnische Randstaatenpolitik.

Mißtrauen gegen die russische Reaktion. — Das Verhältnis zu den Unabhängigkeitsbestrebungen der einzelnen Randstaaten. — Die „Uninteressiertheit“ Deutschlands.

Telegramm unseres Sonderberichterstatters.
Dr. Leo Lederer.

1. Warschau, 2. Februar.

Die Frage der Gestaltung des Verhältnisses zu Rußland ist nicht nur das größte Gegenwartsproblem der polnischen Politik, sie ist für alle ernsten Politiker des Landes auch die größte Sorge der Zukunft. Die Bedeutung der Beziehungen zu Deutschland ist für die Polen trotz aller inneren Veränderungen, denen der Nachbar im Westen noch ausgesetzt sein kann, wenigstens einigermaßen eine bestimmbare Größe, der gegenüber sie, verstimmt mit den Westmächten, auf dem Boden des Vertrages von Versailles stehen. Rußland dagegen ist das Land der unerschöpflichen Möglichkeiten, dessen innere Gestaltung man nicht kennt, mit dem noch Frieden geschlossen werden muß, und dessen Wiederauf-erziehung die meisten Polen mit einem inneren Bangen gegenübersehen.

Denn an die Möglichkeit eines wirklich freundschaftlichen Verhältnisses zu Rußland glauben in Polen eigentlich nur zwei Parteien: die Nationaldemokraten auf der äußersten Rechten und die Kommunisten auf der äußersten Linken. Die Nationaldemokraten, in deren Programm die nationale Frage keine Rolle spielt, sind schon zurzeit, da noch keine Zureinung in ihren Reihen ist, Gegner der Unabhängigkeit Polens gewesen. Sie haben eine selbständige kulturelle Entwicklung der Polen immer nur im Rahmen des russischen Reiches erstrebt, und sie fühlen sich auch heute noch mit dem Protektorat Rußlands auf das innigste verbunden. Weniger klar ist für den jugereiften Mitteleuropäer die Vorstellung, die die Nationaldemokraten von der Zukunft des Verhältnisses zu Rußland haben. Sie wünschen einerseits die Anerkennung der Unabhängigkeit Polens durch die Russen bei weitester Ausdehnung der Landesgrenzen nach dem Osten, andererseits das innige freundschaftliche Verhältnis zu dem großrussischen Reich der Zukunft. Ganz zweifellos scheint jedoch dem Nationaldemokraten diese Forderung in letzter Zeit auch nicht mehr zu sein. Wenigstens sind in ihrer Presse seit ein paar Tagen lautmächtige Verurteilungen einer neuen Orientierung zu Rußland zu bemerken.

Bei allen übrigen Parteien aber ist das entschiedene Bestreben festzustellen, der polnischen Politik eine Richtung zu geben, die die Unabhängigkeit des Landes gegen russische Nachdränge unter allen Umständen zu sichern vermag. Denn es ist hier schon gesagt worden, daß der überwiegende Mehrheit des Volentums selbst der russische Bolschewismus nicht minder imperialistisch erscheint als das moskowitzische Zarentum. Das Wort eines österreichischen Politikers: „Wenn das russische Rußland Polen mit Füssen getreißt hat, so wird das demokratische Rußland es mit Störpöcken züchtigen“ scheint vielen Polen von prophetischer Bedeutung. Jedenfalls muß man zugeben, daß die Polen, wenn sie sogar im Bolschewismus eine großrussisch-imperialistische Bewegung sehen, sich im Kreise jener russischen Parteien, die heute Trotzki und Lenin die Herrschaft streitig zu machen suchen, vergebens nach einer Gruppe umsehen werden, deren Regierung die gescheiterte Befriedigung der polnischen Wünsche verheißt. Erst in diesen Tagen hat Kaminar Emogorzewski, der Pariser Mitarbeiter der nationaldemokratischen „Gazeta Warszawska“ zwei Unterredungen mit Herrn Sazonow veröffentlicht, die ein sehr beachtenswertes Licht auf die Absichten jener von England und Frankreich unterstützten Reaktionäre werfen, die Herr Sazonow in Ermangelung eines russischen Rußland gegenwärtig beim hohen Rat vertritt. In diesen Unterredungen hat Herr Sazonow zwar gegen die Errichtung eines polnischen Staates in den ethnographischen Grenzen des Polentums nichts einzuwenden gehabt und diesem Neugebilde sogar die Kreise Gdansk und Bialostok zugesprochen, obwohl im Chelmer Gouvernement die Mehrheit pravoslavisch sei (das Wort Ukrainer nimmt Herr Sazonow überhaupt nicht in den Mund), aber er hat gleichzeitig erklärt, daß Rußland die Bildung anderer Pufferstaaten niemals dulden werde, da sich niemand zwischen Rußland und Deutschland einmischen habe, und daß Rußland mit allen Mitteln seine unmittelbare Grenze mit Deutschland jurisdiktionell zu sichern werde, falls durch die Bildung neuer Randstaaten die wirtschaftliche Verbindung zwischen Berlin und Moskau unterbrochen werden sollte. Schließlich hat Herr Sazonow die Polen auch noch sehr ernst gemahnt, den Versuch zu unterlassen, ein Schisma in die russische Orthodoxie in Weichrußland und eine eigene polnische orthodoxe Kirche in Weichrußland zu schaffen. Selbst das zarische Rußland habe es nie gemagt, das Schisma nach Polen zu tragen und die Katholiken Polens vom Westen loszulösen, obwohl die Verantwortung der Regierung des Zaren beartete Katholiken wiederholt gegeben habe. Nicht viel anders hat sich der Sozialreformer Seminski, der nach der Aufhebung der Wlodek gegen Sowjetrußland und angeblich die Leitung des Verkehrs zwischen den Armeen soll, den russischen Bauernhändlern in die Hände nehmen soll, in einem Gespräch mit dem polnischen Sozialdemokraten Gaspinoff über die Stellung seiner Partei zu den Nationalitätenproblemen Rußlands ausgesprochen. Auch er hat zwar die Unabhängigkeit Polens und Finnlands anerkannt, aber er hat mit aller Entschiedenheit gegen die Unabhängigkeitsbestrebungen in Estland, Lettland und Litauen, in der Ukraine und im Kaukasus protestiert. Man getraue sich, das derartige Erklärungen nicht gerade dazu beitragen, das Mißtrauen Polens

Der „zweite Fall“.

In unserem Abendblatt vom 31. Januar haben wir mitgeteilt, daß noch ein „zweiter Fall“ vorliege, der, ähnlich wie der Fall des Gesandten Dr. Bozen, eine neue Veränderung in der Stellung der Geschäftsträgerposition zu Folge haben dürfte. Von einer Enttretenerklärung seien Einwendungen gegen die Ernennung der Persönlichkeit vorgebracht worden, die als deutscher Geschäftsträger in die Hauptstadt des betreffenden Ententeandes gehen sollte. Wir haben auf den höchst bedauerlichen Fehler hingewiesen, der mit der vorzeitigen, diplomatischen Begleitung verbunden ist, und es ist gewiß keine geringe Entschuldigung, daß man diese Veröffentlichung vorgenommen hat, um gewisse Blätter zu rufen zu lassen, die verhängnislos sich über das System der Geheimdiplomatie und nun natürlich ganz ebenso die vorzeitige Bekanntgabe der Namenliste kritisierten. Da der Diplomat, den der „zweite Fall“ betrifft, jetzt von der „Frankfurter Zeitung“ genannt worden ist, wollen wir sagen, daß es sich um Freiherrn v. Lucius handelt, der die Gesandtschaft in Stockholm verlassen und als Geschäftsträger die Leitung der Postfach in Rom übernehmen soll. Auf nicht-offiziellen Wege hat die italienische Regierung Bedenken äußern lassen, die sich nicht auf die Person des Freiherrn v. Lucius, sondern auf seinen bisherigen Aufgabenkreis beziehen. Freiherrn v. Lucius als Repräsentanten des Militarismus zu bezeichnen, geht nicht gut an, denn kaum ein anderer Diplomat ist von den alldeutschen und militaristischen Organen und Kreisen während des Krieges so bespottet worden wie er. Weil er, in fluger Einnahme, nicht daran glaubte, daß die schwedischen „Aktivist“ wirklich Deutschland zu Hilfe eilen und Schweden zum Anführer an Deutschland bewegen würden, und weil er es vorzog, seine Beziehungen zu den nicht-offiziellen Ministern Wallenberg zu pflegen und eine nicht-offizielle Geschäftspolitik zu treiben, griffen ihn Groß Reventlow und andere Stützen des Ludendorff-Triplicien Regimes — von denen einige ihre Vergangenheit heute gern verschleiern möchten — mit äußerster Heftigkeit an. Die Ententediplomaten, die in Rom Stimmung gegen ihn gemacht haben dürften, können also nicht sagen, Freiherr v. Lucius sei ungeeignet, weil er ein Mann des alten

Schleus gewesen sei. Ähnlichem behauptet man, er habe in Stockholm mit „Bolschewisten“ verkehrt. Es ist eigentlich selbstverständlich, daß ein Diplomat, der in Stockholm über die Vorgänge in Rußland sich unterrichten muß, auch einmal einen Bolschewisten sieht. Sollte das der Grund des Bedenkens sein, so braucht man nur auf die außerordentliche Sympathie hinzuweisen, die Freiherr v. Lucius sich in Stockholm erworben hat, und die auch jetzt wieder, bei einem Abschiedsbesuch, das ihm die Deutschsowjetische Gesellschaft gegeben hat, zum Ausdruck gekommen ist. Diese Sympathiebeweise zeigen jedenfalls, wie man in Stockholm die Tätigkeit des Gesandten beurteilt hat. Indessen es ist selbstverständlich, daß die politischen Interessen, zu denen in erster Linie auch die Wiederanknüpfung der Beziehungen mit Italien gehört, höher als alle Personenfragen stehen.

Der Kampf um die Sechshundenschicht.

Erfolglose Agitation der Kommunisten.

(Telegramm unseres Korrespondenten.)

Essen, 2. Februar.

Der heutige für den Ruhrbergbau frische erste Arbeitstag im Februar, an welchem die kommunistischen Kreise eine Aktion zur Erzeugung der Sechshundenschicht geplant hatte, ist, soweit es sich jetzt übersehen läßt, im ganzen Revier ohne Zwischenfall ruhig verlaufen. Die kommunistische Agitation ist angehts der entschlossenen Haltung der Werke vollständig erfolglos geblieben. Die eingehende Erörterung über die Unmöglichkeit der Einführung der Sechshundenschicht in der Öffentlichkeit und auf den Tagungen der Bergarbeiterverbände haben offenbar doch auf weite Kreise der Belegschaften außerordentlich Eindruck gemacht, so daß die paratistischen Geber nirgendwo Erfolg hatten. Die Bergarbeiter finden heute morgen auf allen Zechen des Ruhrreviers wie gewöhnlich angefahren und haben auch überall die volle Sechshundenschicht verlohren. Nirgendwo, nicht einmal in der gefährlichen **Hamborner** Gegend, ist der Versuch gemacht worden, durch vorzeitige Arbeitseinstellung die Sechshundenschicht zu erzwingen.

Erklärungen nicht gerade dazu beitragen, das Mißtrauen Polens